

## BUCHBESPRECHUNGEN

OSSIP K. FLECHTHEIM

### DOKUMENTE ZUR PARTEIPOLITISCHEN ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND SEIT 1945

Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler & Co.,  
Berlin 1962/63, Bd. I: XXIV, 576 S.; Bd. II: VIII, 511 S.;  
Bd. III: VII, 500 S. Ln. je 35 DM.

Die zunehmende Hinwendung der Politischen Wissenschaft zur Erforschung der Geschichte, Struktur und Funktion des modernen Parteiensystems widerspiegelt die wachsende Bedeutung der Parteien für unser politisches und gesellschaftliches Leben. So war auch die Entwicklung der Parteien im Nachkriegsdeutschland schon Gegenstand mehrerer wissenschaftlicher Einzel- und Gesamtanalysen. Zu ihnen gesellt sich jetzt endlich die erste umfassende und systematische Dokumentensammlung, bearbeitet und herausgegeben von dem Berliner Politologen Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, einem bekannten Fachmann der Parteienforschung, dem wir u. a. die erste, bisher immer noch einzige und hoffentlich bald in einer Neuauflage erscheinende Monographie über „Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik“ (Offenbach/Main 1948) verdanken.

Flechtheim versucht im Anschluß an sein früher zum gleichen Thema herausgegebenes Quellenheft („Die deutschen Parteien seit 1945“, Berlin 1955), eine sehr große Fülle des weit verstreuten, häufig unveröffentlichten und schwer zugänglichen Quellenmaterials für Forschung und Lehre aufzubereiten.

Der erste Band bringt nach einer — leider allzu knappen — Einleitung des Herausgebers Dokumente zur Neubildung der deutschen Parteien nach dem Ende des Dritten Reiches. Soweit es sich dabei — und das ist die Mehrzahl — um parteioffizielle Darstellungen handelt, so z. B. um Festschriften zum 10. Geburtstag einer Partei, bleibt ihr Aussagewert freilich höchst fragwürdig. Ergiebiger sind dagegen die anschließenden Dokumente zur verfassungsmäßigen und rechtlichen Stellung der Parteien. Den Beschluß und wertvollsten Teil dieses Bandes bilden die Satzungen bzw. Statuten einschließlich der Fraktionsgeschäftsordnungen. Diese Dokumentation der Entwicklung der — von der Forschung zu Unrecht oft vernachlässigten — Organisationsstruktur gibt Aufschluß darüber, wie bereits das parteieigene formale Satzungsrecht die demokratische Willensbildung von unten nach oben zunehmend einschränkt, und die kritische Interpretation dieses Normengefüges, konfrontiert mit dem realen Organisationsleben, wird uns auch bei den Parteien der Bundesrepublik einen bedrohlichen Abbau der innerparteilichen Demokratie zeigen.

Der zweite und dritte Band dokumentiert die Programmatik der Parteien. Zum Teil wurde diese Aufgabe bereits durch die beiden Publikationen von *Wilhelm Mommsen* („Deutsche Parteiprogramme“, München 1960) und *Wolfgang Treue* („Deutsche Parteiprogramme 1861 bis 1956“, 3. Aufl., Göttingen 1961) gelöst. Sie konnten indes der Periode nach 1945 nur bescheidenen Raum widmen und machen daher Flechtheims Edition nicht überflüssig, die nicht nur Parteiprogramme im engeren Sinne bringt, sondern auch Aktions- und Wahlprogramme, dazu Grundsatzserklärungen, Aufrufe, Entschlüsse und wichtige Reden und Aufsätze der Parteiführer. Aus der Fülle dieses Materials läßt sich u. a. in wünschenswerter Deutlichkeit die Bewußtseinsentwicklung der deutschen Parteien ablesen: die relativ große Übereinstimmung in der Zielsetzung nach dem Zusammenbruch — hier tauchen Dokumente auf, deren sich mancher Parteiführer heute nur ungern erinnert —; im Westen die Abkehr des sich erneuernden pluralistischen Parteiensystems von diesen (einen grundsätzlichen Wandel der Gesellschaftsordnung intendierenden) Vorstellungen nach der die Restauration der alten Sozialstruktur einleitenden Währungsreform und die Abwendung von den ursprünglichen außenpolitischen Denkreihen im Verlaufe des kalten Krieges; im Osten die Entfaltung der SED zur stalinistischen „Partei neuen Typus“ und die Transformation der bürgerlichen Parteien in Satelliten der Staatspartei.

So wenig jedoch das informelle Organisationsleben einer Partei ohne weiteres aus ihren Statuten erkennbar ist, so wenig lassen sich auch Ziel und Charakter einer Partei unmittelbar aus ihrem Programm ableiten. Nicht allein deshalb, weil sich — wie diese Dokumentation belegt — die programmatischen Äußerungen in den letzten Jahren immer mehr auf bloße — mit beliebigem Inhalt ausfüllbare — Leerformeln reduzieren, sondern weil es dazu der Analyse des Zusammenhangs zwischen Programmatik der Partei, ihrer Organisations- und Sozialstruktur und allen ihren Verhaltensweisen in der politischen Praxis bedarf. Daher ist es zu begrüßen, daß sich Flechtheim nicht mit der Herausgabe der vorliegenden drei Bände begnügen will, vielmehr sein Sammelwerk mit Dokumenten zu folgenden Problemkreisen fortzusetzen gedenkt: Aufbau, Arbeitsweise, Sozialstruktur und Mitgliederbewegung der Parteien, innerparteiliche Willensbildung und Auseinandersetzung, Verhältnis der Parteien untereinander und zu den Verbänden usw. Erst die kritische Auswertung dieser zusätzlichen Materialien wird unter Beachtung der das Parteiensystem bedingenden gesamtgesellschaftlichen Struktur konkrete Aussagen über den vielzitierten Strukturwandel der neuen deutschen Parteien erlauben.

Kritik wird sich vornehmlich gegen die vom Herausgeber getroffene Auswahl der Doku-

mente richten. Doch Meinungschfferenzen darüber, ob wichtige Quellen zu stark gekürzt sind oder ganz fehlen, unwichtigere aufgenommen oder zu breit wiedergegeben sind, werden das große Verdienst dieser Publikation niemals zu schmälern vermögen.

Da das Gesamtwerk recht teuer wird, ist sehr zu hoffen, daß es die Gewerkschaftsbibliotheken allen Interessierten zur Verfügung stellen. Für die politische Bildungsarbeit ist dieser „*Flechtheim*“, der die Chance hat, das grundlegende Werk über die deutschen Parteien zu werden, unentbehrlich. *Dr. Hanno Drechsler*

ULRICH LOHMAR  
INTERPARTEILICHE DEMOKRATIE

Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Soziologische Gegenwartsfragen — Neue Folge Band 18. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1963. 146 S., kart. 17 DM.

Es kommt nicht eben häufig vor — unseres Wissens ist dies erst der zweite Fall —, daß ein Mitglied des Bundestags sich sozusagen der Diktatur seines Terminkalenders zum Trotz noch einmal für eine Zeit in der Studierstube vergräbt und an eine der zeitraubendsten Aufgaben herangeht, die das Akademikerdasein parat hält: an die Dissertation. Der frühere Schelsky-Assistent Ulrich Lohmar, seit 1957 Abgeordneter in Bonn und dort kulturpolitischer Experte der Sozialdemokraten, hat die Mühen der Dissertation nicht gescheut — und das „*magna cum laude*“, das der vorliegenden Arbeit über die innerparteiliche Demokratie zuerkannt wurde, erweist sich keineswegs als Fehlurteil der Prüfungskommission. Das Buch ist eine jener Mischungen von journalistischer Fähigkeit, komplizierte Tatbestände in wenigen Strichen plastisch herauszuarbeiten, und wissenschaftlicher Akribie bei der Verwendung und Verarbeitung der Quellen, wie sie in der einschlägigen deutschsprachigen Literatur so beklagenswert selten sind.

Lohmar nennt seine Arbeit im Untertitel „Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik“, und man darf hinzufügen, daß es ihm gelungen ist, diese Verfassungswirklichkeit erfreulich transparent zu machen. Zum Beispiel vermittelt er mit seiner Analyse der Machtkomponenten in den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD (die „Freien Demokraten läßt der Autor leider weitgehend unberücksichtigt) Einblicke, die den Praktiker Lohmar erkennen lassen; den Praktiker, der seine Partei nur zu gut von innen kennt und gängige Urteilsschablonen tunlichst vermeidet. Gründlich räumt er mit dem weitverbreiteten Fehlurteil auf, die „Parteiapparate“ seien die eigentlichen Machtzentren der westdeut-

sehen Parteien. Lohmar sieht in diesen Parteiapparaten Institutionen, deren Repräsentanten — Geschäftsführer und Sekretäre — keineswegs „herrschen“, d. h. die Politik der Parteien bestimmen oder auch nur maßgeblich beeinflussen wollen, sondern statt dessen sich selbst als dienende Organe verstehen. Der Rezensent kann sich diesem Urteil — ebenfalls aus langjähriger eigener Erfahrung — nur anschließen.

Von ähnlich schablonenfreier Betrachtungsweise zeugen auch manche andere Feststellungen des Autors. So trifft es zu, daß die Politik der Parteien in der Bundesrepublik schöpferisch jedenfalls nicht von *den* Organen bestimmt wird, die den geschriebenen Parteiverfassungen gemäß dafür zuständig sind — dem Parteitag also bei der SPD sowie dem Parteitag und dem Bundesausschuß bei der Union. In beiden Fällen sind die eigentlichen Gestalter der Politik die engeren Führungsgremien, bei den Sozialdemokraten das Parteipräsidium und bei der CDU die Regierungsmannschaft. Das, was man in den Fibern der Demokratie als Idealform innerparteilicher Demokratie ausgeben mag — die Willensbildung von unten nach oben —, existierte in Reinkultur wahrscheinlich niemals. Lohmar läßt durchblicken, daß es es zumindest in der Gegenwart für existenzunfähig halten würde, wogegen es angesichts der Kompliziertheit der politischen Zusammenhänge in der modernen Massendemokratie auch kaum stichhaltige Einwände gibt. Der These des Autors, daß diese Entwicklung die innerparteilichen Zustände dennoch nicht zur „Demokratie“ pervertiert hat, da den Parteiführungen in Gestalt der Bundestagsfraktionen neue sachverständige Kontrollinstanzen erwachsen seien, kann man bedingt zustimmen. Allerdings relativiert er selbst diese These, indem er einerseits das Übergewicht des Bundeskabinetts mitsamt seinen bürokratischen Hilfsapparaturen als bedenklich für die innerparteiliche Demokratie in der Union hinstellt und andererseits für das Parlament und seine Fraktionen einen wesentlich besser ausgestatteten wissenschaftlichen Hilfsapparat postuliert.

Andere von Lohmar für die westdeutschen Parteien als relevant gekennzeichnete problematische Erscheinungen können hier aus Platzgründen nicht näher gewürdigt werden. So seien sie lediglich erwähnt: der Mangel an Möglichkeiten und Fähigkeiten, die regionalen und lokalen Parteiorganisationen wesentlich über die Kommunalpolitik hinaus an der Aktivität der Parteien partizipieren zu lassen (was sie, wie Lohmar richtig bemerkt, zu etwas skurrilen vereinsartigen Tätigkeiten veranlaßt); oder der Entfremdungseffekt durch Meinungsforschung und Massenmedien; oder schließlich die Überfremdung der parteilichen Willensbildung durch den Einfluß der

Verbände (bei diesem letzten Punkt wird allerdings oft allzusehr generalisiert und gelegentlich auch kräftig übertrieben).

Einen wichtigen innenpolitischen Hinweis wollen wir aber noch festhalten. Lohmar meint, der gegenwärtige Immobilismus der Machtstruktur in der Bundesrepublik wirke sich negativ auf die innerparteiliche Demokratie aus. In der Tat hat die allzulange währende Funktion der Union als Regierungspartei die ohnedies vorhandenen oligarchischen Tendenzen in beiden Parteien verstärkt. Ein Gegenmittel sieht der Autor in einer großen Koalition auf längere Sicht. Dem können wir nicht ganz folgen. Das österreichische Beispiel ermuntert nicht gerade zur Nachahmung. Eine große Koalition auf Zeit, sozusagen zum Zwecke der Wiederherstellung gleicher Chancen zwischen den beiden großen Parteien, wäre indes durchaus angebracht.

Alles in allem: Die vorliegende Arbeit ist eine Bereicherung für den politisch Interessierten. Sie gibt sowohl den Kritikern unseres Parteiensystems als auch ihren allzu kritiklosen Anhängern Gelegenheit, die Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik auf einem besonders wichtigen Sektor einmal unvoreingenommen zu durchdenken.

*Klaus Voigt*

THEODOR GEIGER  
DEMOKRATIE OHNE DOGMA

Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit.  
Szczesny Verlag, München 1963. 368 S., Ln. 19,80 DM.

Der 1952 gestorbene Soziologe Geiger hat als letztes Werk ein Buch hinterlassen, das der Verlag als sein politisches Vermächtnis bezeichnet. Trotz des ersten, von Geiger selbst als Soziologie und des zweiten als Erkenntnistheorie charakterisierten Teiles ist das Buch insgesamt kein eigentlich wissenschaftliches Werk, sondern ein leidenschaftlicher Appell an die Öffentlichkeit, das geistige Zurückbleiben der Menschen hinter der Gesellschaftsstruktur zu überwinden. Dafür werden im dritten Teil eine Reihe praktischer Vorschläge gemacht.

Geiger bekennt sich zum „Wertnihilismus“. Er räumt damit einer subjektiven Wertsetzung zwar ein Recht ein und sagt selbst, daß der Mensch nicht nur mit Intellekt, sondern auch mit Gefühlen und Willensregungen ausgestattet sei. Aber er streitet allen Werturteilen eine „objektive Wahrheit“ ab und bekämpft sie, soweit sie mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit verknüpft werden. Das sei Metaphysik und mit der heutigen Gesellschaftsstruktur nicht mehr zu vereinbaren. Seine eigenen Forderungen an die Gesellschaft seien ein persönliches Wunschbild. Er suche weder durch Werbung einer Gefolgschaft noch

durch eigenmächtiges Eingreifen in den Gang der menschlichen Dinge der Mitwelt eine in seinem Sinne „verbesserte“ Welt aufzudrängen. Hier liegt der Widerspruch des ganzen Buches, den Geiger in Vorausschau einer solchen Kritik nicht gelten lassen will. Das Buch enthält jedoch in Einzelheiten so viel Richtiges und für alle im öffentlichen Leben Tätigen Beachtliches, daß seine Lektüre dringend zu empfehlen ist.

Positiv zu bewerten ist vor allem die Herausarbeitung dessen, daß die Demokratie von allen bisher erprobten politischen Formen diejenige ist, „die den unvermeidlich von der Gesamtheit gegenüber dem einzelnen ausgeübten Zwang, den Druck der gesellschaftlichen Interdependenz, für alle im Durchschnitt verhältnismäßig am erträglichsten macht“. Geiger macht außerdem plausibel, daß in der heutigen Massengesellschaft nur eine repräsentative Demokratie in Frage kommt.

Diese aber erfordere, daß die Massen in die Lage versetzt würden, die ihren Interessen und subjektiven Wertsetzungen am meisten entsprechenden Repräsentanten zu wählen sowie auch — über die Presse und alle sonstigen Möglichkeiten — eine Kontrolle über die Regierenden auszuüben bzw. ein sachgemäßes Urteil und eine Entscheidung über diejenigen zu fällen, die die Kontrolle ausüben. Heute müte eine solche Forderung wie eine Utopie an, aber man habe bisher von klein auf, die Erziehung zu kritischem, selbständigem Denken sträflich vernachlässigt und statt dessen Wertideologien in die Menschen eingepflanzt, die den Verstand töten und dauernd zur Intoleranz verführen würden. Daß Geiger alle Religionen und einen religiösen Unterricht als Metaphysik ablehnt, ist bei seiner Grundeinstellung selbstverständlich.

In seinem Plädoyer für eine Demokratie ohne Dogma oder, wie er auch sagt, einer Demokratie der nüchternen Gesellschaft, setzt sich Geiger sehr eingehend mit dem politischen Leben auseinander. Politische Auseinandersetzungen seien Zusammenstöße zwischen pragmatischen, vom politischen Wollen bestimmte Aussagen. Das müsse — entgegen einer häufig nur auf Gefühlen und Wertideologien basierenden Agitation und Propaganda — deutlich zum Ausdruck kommen. Den Aussagen dürfe nicht der Anschein allgemeingültiger Wahrheiten gegeben werden. Die Proklamierung eines Eigentumsrechtes oder z. B. auch einer „sozialen Gerechtigkeit“ sei eine ungerechtfertigte Erhebung subjektiver Werturteile in den Mantel einer objektiven Wahrheit und damit eine Vernebelung des Denkens. Gerade dies führe zur Gehässigkeit im öffentlichen Leben, die vernünftige Regelungen erschwere und für den einfach

## BUCHBESPRECHUNGEN

denkenden Menschen die Befassung mit Politik abstoßend mache.

Geiger geht in seinem Wertnihilismus so weit, daß er die Begriffe »gut« oder »böse« nicht einmal mit Mord oder Diebstahl in Verbindung bringen lassen will. Man dürfe nur sagen, daß die gesellschaftliche Interdependenz die Einfügung in eine gewisse Verhaltensordnung notwendig mache. Da es keine andere Lösung gibt, sollen die Verhaltensregeln und, soweit notwendig, Gesetze von der jeweils aus freien Wahlen hervorgegangenen parlamentarischen Mehrheit festgelegt werden. So soll z. B. auch den Kindern nicht gesagt werden, Lügen seien verwerflich, sondern nur, daß der Mitmensch nicht belogen sein mag. Nicht einmal, daß Lügen oft „kurze Beine“ haben, und daß das mitmenschliche Leben bei Lügen von ständiger Unsicherheit bedroht ist, wird von Geiger bei diesem von ihm angeführten Beispiel erwähnt! Er übersieht, daß man im zwischenmenschlichen Leben gar nicht auskommen kann, ohne auch moralische Urteile zu fällen und für sie Allgemeingültigkeit zu beanspruchen.

Sehr nützlich zu lesen ist, was Geiger über nationalistische Ideologien, über ihre Überholtheit und ihre meist sehr schädlichen Folgen aussagt. Dabei bleibt auch die UdSSR nicht von einer scharfen Kritik verschont. Er weist auch die oft zu hörende Behauptung zurück, die technische Entwicklung habe eine Atomisierung und Anonymität der einzelnen in der Masse verursacht, die der Grund ihrer Unsicherheit und ihres Ohnmachtsgefühls gegenüber dem öffentlichen Leben sei. Das — zu behebende — Mißverhältnis zwischen der Gesellschaftsstruktur und dem Habitus der Menschen beruhe nicht auf einer solchen Atomisierung, sondern auf der Machtstellung einzelner Personen und Cliques, die die heute notwendigen Interessenorganisationen und öffentlichen Apparate manipulieren. Das einzige Gegengewicht sei die Erziehung der Menschen zum selbständigen kritischen Denken, die Heranbildung des „homo intellectualis“ anstelle eines „homo sentimental“.

Geiger hält es für verhängnisvoll, daß dem Ruf nach Allgemeinbildung häufig die Auffassung zugrunde liege, der einzelne könne heute noch einen theoretischen Überblick über alle Zusammenhänge gewinnen. Man müsse wissen, daß es kein wissenschaftliches Weltbild, keine Möglichkeit gebe, die Gesamtheit der Wissenschaften befriedigend zum einheitlichen Aufbau zu ordnen. Aber es gebe eine intellektuelle Lebenshaltung mit der Formel: Halte dich an das Wißbare, erkenne die Grenzen des Wissens, und laß die Finger vom Unwißbaren! Nur vom begrenzten Beziehungsfeld, das nicht unübersichtlich sei, könnten die Menschen zur Sicht größerer Zusammenhänge (aber nicht „des Ganzen“) kommen

und zur Unterscheidung von Tatsachenzusammenhängen und subjektiven Werturteilen. Niemand könne beweisen, daß der gegenwärtige psychologische Durchschnittstyp die allgemeine Norm der menschlichen Natur sei. Deshalb sei die von ihm propagierte Umstellung durchaus des Versuches wert.

„Demokratie ohne Dogma“ ist ein sehr vielseitiges Buch, aus dessen Gedankenfülle hier nur einige Ausschnitte gegeben werden konnten. Es ist ein Buch, das ständig zum kritischen Denken antreibt, also in dieser Beziehung den Wunsch des Verfassers erfüllt. Es enthält auf verschiedenen Gebieten auch sehr wertvolle historische Rückblicke und Gegenüberstellungen von einst und heute. Seine Lektüre ist, wie gesagt, sehr zu empfehlen.

Irmgard Enderle

### HERBERT SCHACK

#### WIRTSCHAFTSLEBEN UND WIRTSCHAFTSGESTALTUNG

Die Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialphilosophie. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1963, 216 S., Ln. 22,60 DM.

Der Durchschnittspraktiker, aber auch die große Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaftler, will sagen: der akademisch gebildeten Volks- und Betriebswirte, wird erstaunt fragen: „Was hat die Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft mit Philosophie zu tun?“ Nun, *Adam Smith*, der Begründer der klassischen Nationalökonomie, war Professor der Moralphilosophie; *John Stuart Mill*, der letzte große Klassiker, war mindestens so berühmt als Philosoph wie auch als Nationalökonom, als „Volkswirtschaftler“ sagen wir heute. Und vor dem Jahre 1914 war es selbstverständlich, daß die Studierenden der Volkswirtschaftslehre sich eine philosophische Grundlage erwarben. An der Universität Berlin z. B. war „Philosophie“ ein Pflichtfach bei der Prüfung zum Dr. phil. (cam). Die Wirtschaftswissenschaften sind ursprünglich auf dem Mutterboden der Philosophie gewachsen.

Mit Recht bedauert *Herbert Schack*: „Die Studierenden gehen in der Mehrzahl ins Examen, ohne jemals philosophische Vorlesungen und Übungen besucht oder sich selbst mit philosophischen Fragen befaßt zu haben“ (S. 197). Es wäre gut, wenn — wie früher — alle Studenten „Logik und Erkenntnistheorie für Hörer aller Fakultäten“, „Ethik und Moralphilosophie“, um nur ein Minimum anzudeuten, hören und gründlich studieren würden. Dann erst könnten sie ihre Fachdisziplin wirklich verstehenlernen und sie einzuordnen wissen in die allgemeine Ordnung des menschlichen Daseins. Ohne diese Erkenntnis bleibt alles Wissen nur Stückwerk,

alle Wirtschaftspraxis bestenfalls Glückssache, oft sogar nur Kurieren am Symptom oder noch schlimmer: „Kurpfuscherei“! Schack schreibt sehr richtig: „Erst in einer philosophischen Besinnung, die recht eigentlich eine Synopsis, eine Zusammenschau bzw. Gesamt-schau ist, vereinigen sich die durch Erfahrung und Wissenschaft gefundenen Gegenstandsmerkmale zu einem Gesamtbild bzw. einem das Gesamtganze erschließendem Begriff“ (S. 13).

So muß denn auch jede Wirtschaftswissenschaft, wie einst, philosophisch untermauert werden. Da Wirtschaft einen Sachzusammenhang darstellt, den der Mensch durch seinen gestaltenden Willen ordnen muß, ist es zunächst nötig, die Beziehungen zwischen Mensch und Sache, also in diesem Falle den Gütern und güterähnlichen Verhältnissen, richtig in ihrer Wesenheit zu erkennen. Die Wirtschaftsauffassung darf weder *nur* objektivistisch noch *nur* subjektivistisch, sie darf weder *nur* idealistisch noch *nur* materialistisch sein. Alle bisherigen Interpretationen der Wirtschaft haben den Fehler einer mehr oder minder ausgeprägten Einseitigkeit begangen.

Es ist hier nicht beabsichtigt, auf dogmengeschichtliche Einzelheiten, auf die Methoden etwa der Klassiker, der Grenznutzenschule oder des ökonomischen Sozialismus und Marxismus einzugehen. Es genüge die Feststellung, daß eine Synthese gefunden werden muß, die das reale Wesen der Wirtschaftswirklichkeit methodisch als Ganzheit richtig erkennen läßt. So meint auch Schack: „Der Wirtschaftsmensch kann nicht ohne Bezug auf die Güter, und die Güter können nicht ohne Bezug auf den Menschen definiert werden“ (S. 48). Alle wirtschaftlichen Handlungen werden von den Bedürfnissen, aber auch dem ökonomischen Sachverhalt als solchem ausgelöst. Daß die Bedürfnisse das Begehren nach knappen Gütern hervorrufen, ist so allgemein bekannt, daß diese Tatsache hier keiner weiteren Erklärung bedarf. Nur selten aber wird beachtet, daß zu den „persönlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten die Forderungen der Institutionen, Einrichtungen und Verhältnisse“ kommen (S. 56). Man denke nur an die komplementären Güter, an die Auswirkung der Zugehörigkeit zu Staat, Religionsgemeinschaft, Partei, Gewerkschaft und dergleichen auf den Bedarf des wirtschaftenden Menschen. „Die Forderungen der objektiven Dinge und Vorgänge wachsen mit der Entwicklung der Kultur“, schreibt Schack, „und können eine den Menschen bedrängende Ausdehnung und Gewichtigkeit annehmen“ (S. 56). Diese Deutung erwächst aus der richtigen Erkenntnis, daß Sachen und sachliche Bedingungen Teile eines zusammenhängenden Ganzen sind, das dem Menschen den Willen zu seiner ganzheitlichen Erfüllung aufzwingt.

So wirken also auch staatliche Ordnung, Tradition und ähnliche versachlichte Umstände auf den wirtschaftenden Menschen und veranlassen ihn zu einem bestimmten Verhalten.

Die Ordnung der Wirtschaft ist infolgedessen das Zentralproblem alles Wirtschaftens. Im Extrem sind, wie schon *Walter Eucken* gezeigt hat, zwei Wirtschaftsordnungen idealtypisch denkbar: die individualistische und die kollektivistische, in ihren bisher letzten Entwicklungsformen als individualistisch orientierte Marktwirtschaft und als zentralgelenkte — totalitäre — Wirtschaft der Tendenz nach verwirklicht. Selbstverständlich sind praktisch nur dem jeweiligen Idealtyp angenäherte Mischformen möglich. Diese und ihre Funktion als „Ordnungsmacht“ untersucht Schack, wobei er sich letztlich für eine „Ordnung durch Selbstverwaltung“, also für ein Wirtschaftssystem auf individualistisch-demokratischer Grundlage entscheidet. Hier kann sich der Mensch in Freiheit zu einer selbstverantwortlichen Persönlichkeit entwickeln, während er in einem totalitären System zum Funktionär wird, bzw. von Funktionären beherrscht wird. „In der sozialistisch-kommunistischen Arbeitsgesellschaft“, meint Schack, „ist das Kollektiv in seinen mannigfachen ökonomischen und politischen Formen Träger der fortschrittlichen Entwicklung. Einem Kollektiv zugehörig, sei es dem Staat, grundsätzlich aber der Partei, sei es einem Betrieb oder sonst einer Organisation, ist der Mensch als Individuum diesem zugleich ein- und untergeordnet“ (S. 134/35).

Mit der sowjetischen Deutung und Praxis des Marxismus als wirklichkeitsfremder Ideologie befindet sich der Mensch auf einem Irrweg, der vom Menschsein, vom Wesen des Menschen hinwegführt. Es muß, da auch das individualistisch-kapitalistische System „unmenschlich“ ist, das Idealbild einer neuen Ordnung gefunden werden, an dem sich die Wirklichkeit, die „Praxis“ orientieren kann. „Nur ein gesunder Mensch, nur ein gesundes Volk kann eine gesunde und daher auch auf die Dauer sachlich funktionsfähige Wirtschaft aufbauen. Dazu gehört aber notwendig, daß der Wirtschaftler in allen praktischen Dingen nicht nur sich selbst sieht, und, wie versessen und besessen, dem maximalen Leistungserfolg bzw. der Gewinnmaximierung zustrebt. Er sollte auch verantwortlich, selbstverantwortlich an die Güter denken, mit denen er umgeht und mit deren Hilfe er allein sein Leben vollbringen kann“ (S. 195).

Von einer solchen Wirtschaftsordnung sind wir noch weit entfernt. Um so mehr ist es notwendig, sich mit dem Gedanken und der Forderung einer Philosophie des Wirtschaftslebens und der Wirtschaftsgestaltung vertraut zu machen.

*Dr. Franz Theunert*

FRANCO NEGRO  
DAS EIGENTUM

Geschichte und Zukunft — Versuch eines Überblicks.  
Verlag C. H. Beck, München und Berlin 1963. XII u.  
233 S., Ln. 28 DM.

An Literatur zur Geschichte des Eigentums fehlt es nicht. Ihr Mangel besteht meist darin daß sie sich damit begnügt, das historische Nacheinander unter juristischen Gesichtspunkten darzustellen. Dr. Negro will sehr viel mehr. Er geht von der Frage aus, ob sich das Eigentum in einer Krise befindet und sucht die Antwort darauf aus einer Analyse seiner geschichtlichen Entwicklung zu finden. Ihm ist auch klar, daß dazu die juristische Betrachtungsweise nicht genügt und es vielmehr notwendig ist, insbesondere auch die ökonomischen, sozialen und politischen Grundlagen des Eigentums und seiner Wandlungen zu analysieren. Ihm kommt es darauf an, die alten und neuen Probleme in einen inneren Zusammenhang zu bringen „und dieser Zusammenhang kann allein dadurch gefunden werden, daß man die Entwicklung des *sozialen* Elements innerhalb der Geschichte des Eigentums hervorhebt“ (S. 4).

So richtig dieser Ansatz ist, so kann sein Bemühen doch nur als Versuch eines Versuches bezeichnet werden. Zwar wird dem Leser klar, daß „Eigentum“ keineswegs eine zu allen Zeiten in gleicher Weise gültige Kategorie darstellt, sondern sich in Begriff und Inhalt wiederholt *gewandelt* hat und seine gegenwärtige „Krise“ nichts anderes darstellt als seine erneute Wandlung, die keinen Niedergang bedeutet, sondern dahin tendiert, die Sozialfunktion des Eigentums zu erweitern.

Mit manchem Gewinn wird man das Kapitel über die Französische Revolution lesen, die zunächst versuchte, dem Eigentum ein demokratisches gemeinschaftsbezogenes Gepräge zu geben, aber damit endete, daß es ein individualistisches, asoziales und gemeinschaftsfeindliches Gesicht annimmt und im *Code NapoUon* nur das Eigentum des Bürgertums begünstigt und „damit die Besitzlosen der Gnade des Besitzenden“ ausliefert (S. 86). Aufschlußreich sind ferner die Darlegungen über die russische Mir-Organisation der Landwirtschaft. Negro glaubt, daß die Kolchosen der Sowjetunion „eine Vervollkommnung der kollektiven Wirtschaftsführung dar(stellen), die den Mir beherrscht hatte“ (S. 123).

Aber so viele Anregungen der kritische Leser im einzelnen auch empfangen mag, so entsteht doch kein Gesamtbild, weil sich der Verfasser anscheinend nicht entscheiden kann, welchen Kräften er den Wandel des Eigentums zuschreiben soll. Offenbar mißt er den philosophischen Ideen, die er für die Neuzeit sehr ausführlich schildert, eine überragende Bedeutung zu. Auch die Bevölkerungsvermehrung — nicht dagegen die geänder-

ten Produktionsverhältnisse, wie *Marx* — macht er für die gesellschaftliche Entwicklung verantwortlich (S. 55). Von der Gesellschaftsstruktur hat er sonderbare Ansichten. »Die Klassen bilden sich in jeder Gesellschaft ganz natürlich aufgrund der verschiedenen Fähigkeiten der Individuen“ (S. 173). Bei dem Versuch, aus den eigentumspolitischen Tendenzen der Gegenwart Voraussagen für die Zukunft zu machen, gerät Negro vollends ins Spekulieren.

Einerseits weist er darauf hin, daß sich die Sozialfunktion des Eigentums seit dem ersten Weltkrieg fortentwickelt habe; während man vordem erwartete, daß der Eigentümer mindestens keinen Nachteil für die Gesellschaft bedeute, wird jetzt gefordert, daß es eine aktive, für die Gesellschaft nützliche Haltung einnehme, woraus zugleich folgere, daß Eigentum kein subjektives Recht mehr darstellt, „sondern eigentlich nur mehr ein bedingt geschütztes Interesse“ (S. 227). Andererseits ist Negro unter ausführlichem Hinweis auf *Marx* (S. 170) der Ansicht, daß sich das Eigentum künftig noch mehr in den Händen einer Oligarchie weniger Wirtschaftskapitäne konzentrieren und ein „ökonomischer Übermensch“ entstehen werde (S. 142). Da aber ein Eigentum aller mit den Zielen der Oligarchie in Widerspruch stehe, müsse diese darauf hinwirken, daß der Grundsatz des Eigentums für alle nur möglichst beschränkt angewandt und daß das Eigentum aller möglichst weitgehend dem Kriterium der Sozialgebundenheit untergeordnet wird (S. 228).

„Natürlich wird der Kampf zwischen den beiden Eigentumsformen lang und hart werden . . . Doch ist der Sieg des oligarchischen Eigentums sicher“ (232). „Warum aber wird die wirtschaftliche Macht siegen? Weil sie durch die atomtechnische Revolution eine unwidderstehliche Gewalt erhalten wird“ (S. 233). Die Auslese unter den verschiedenen Oligarchien würde nach Negro so lange fortschreiten, bis ein einziger Mann an der Spitze der neuen Klasse stehen würde, der „supervir oeconomicus“.

Diese Ansichten wird man wohl als Wirtschaftsmystik bezeichnen müssen, um so mehr, als der Verfasser in der heutigen sowjetischen Herrschaftsklasse nur eine Vorwegnahme der künftigen Gesichtszüge der „sogenannten freien Welt“ zu sehen glaubt (S. 196). Und was sieht der Verfasser als „die uns verbleibenden Hilfsmittel gegen das große Unglück“ dieser von ihm doch zuvor als so unabwendbar hingestellten Entwicklung an? Man höre: Neben besserer Sozial- und Kartellgesetzgebung empfiehlt er „die Befriedung der Geister durch Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und unbedingte Anerkennung des Verdienstes im öffentlichen Leben“ (S. 233). Wenn das kein Trost ist!

Noch ein Detail: Auf S. 177 wird erklärt, daß auf Antrieb von *Ferdinand Lassalle* 1863 der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund entstanden sei! Solche Fehler hätten wohl bei der deutschen Übersetzung ausgemerzt werden können.

Dr. Kurt Hirche

J. M. MACKINTOSH  
STRATEGIE UND TAKTIK  
DER SOWJETISCHEN AUSSENPOLITIK

Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 1963. 380 S.,  
Paperback, 12,30 DM.

RICHARD LÖWENTHAL  
CHRUSCHTSCHOW UND DER  
WELTKOMMUNISMUS

Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 1963. 245 S.,  
Paperback, 9,80 DM.

WILLY BRANDT  
KOEXISTENZ — ZWANG ZUM WAGNIS

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1963. 115 S., kart. 7,80  
DM.

I

*Mackintosh* untersucht in seinem Buch Strategie und Taktik der sowjetischen Außenpolitik seit 1944. Er beginnt mit einer Analyse der Außenpolitik *Stalins*, die seiner Ansicht nach in den ersten Nachkriegsjahren von dem Ziel bestimmt war, „den Sieg der Alliierten auszubeuten, um die Welt dem Sowjetkommunismus näherzubringen“ (S. 23). Hierbei bemühte sich Stalin um eine gebietsmäßige Erweiterung des sowjetischen Kernlandes durch Erringung der Aufsichtsgewalt über Länder und Provinzen, die der SU benachbart sind. Andererseits hütete er sich vor Konflikten mit Ländern außerhalb der Reichweite der sowjetischen Militärmacht. So gelang es ihm, jeglichen Einfluß des Westens auf die sowjetische Schutzzone auszuschalten. Aber sein Hauptziel in Europa konnte er nicht erreichen: „nämlich die Schaffung eines starken Sowjetblocks im Osten, dem lediglich Uneinigkeit und Schwäche im Westen und Isolatismus in den Vereinigten Staaten gegenüberstanden“ (S. 37).

Auch *Malenkows* Außenpolitik gründet sich, wie Mackintosh nachzuweisen versucht, auf diese Strategie, die überall dort Erfolge erzielte, wo immer die Sowjetarmee ihren Fuß hinsetzte, außerhalb deren Machtbereich aber fehlschlagen mußte. Verführte doch die Überbetonung militärischer Faktoren dazu, daß jene politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Faktoren übersehen wurden, deren

Berücksichtigung in einer sorgfältig geplanten und umsichtiger geführten Außenpolitik bessere Erfolge erzielt hätten als die Drohung mit militärischer Macht. Erst die Nachfolger Malenkows vollzogen den „entscheidenden Bruch mit der außenpolitischen Strategie und Taktik. ... die Stalin ihnen als Erbe hinterlassen hatte“ (S. 88). Wohl griff die sowjetische Führung auch nach Stalins Tod zu Gewaltmaßnahmen und begrenzter Kriegsführung, dies aber nur dort, wo ihr Herrschaftsbereich bedroht war, wie in Ungarn. Gegenüber der nichtkommunistischen Welt konzentrierte sie sich jedoch auf völlig andere strategische Methoden: „Erstens wählten *Chruschtschow* und seine Mitarbeiter als Zielgebiete Indien, Birma, den arabischen Mittelosten und Afrika, die von Stalin vernachlässigt worden waren; und zweitens beschloßen sie, ihr Endziel in diesen Ländern, die Errichtung kommunistischer Regimes, mit Methoden der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Durchdringung anzustreben und es nach Möglichkeit zu vermeiden, sich in Gewaltmaßnahmen zu verwickeln“ (S. 280).

Nach Mackintosh hat die Sowjetregierung besonders aus ihrer Erfahrung im Mittleren Osten die Lehre gezogen, „daß ein Erfolg immer dann möglich ist, wenn die wirtschaftliche und politische Durchdringung nicht von örtlichen Fehden oder Revolutionen gestört wird, daß aber das sowjetische Prestige Schaden nimmt und die sowjetischen Pläne zunichte werden, sobald in dem betreffenden Gebiet Unruhe und eine politisch explosive Situation entsteht“ (S. 282). Darüber hinaus wissen die Sowjetführer, „daß die Weltmacht der Vereinigten Staaten, so wie sie heute besteht, beseitigt oder drastisch reduziert werden muß, ehe die Welt kommunistisch werden kann“ (S. 286).

Nach wie vor muß also die Sowjetregierung ihren Hauptgegner in den Vereinigten Staaten sehen. Wie können sie entmachtet werden? Es scheint Mackintosh sicher, daß Chruschtschow keinen Kernwaffenkrieg will und zu dem Schluß gelangt ist, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten den Gedanken an einen Kernwaffenangriff auf die Sowjetunion aufgegeben hat. Eher fürchte Chruschtschow, „daß in einem Land, das Kernwaffen und Raketen besitzt, ein unverantwortlicher Führer an die Macht kommen könnte; und zweitens, daß eine Fehldeutung der geheimen Abwehr- und Aufklärungsmeldungen“ und ähnliche Irrtümer zur Ursache eines Kernwaffenkrieges werden könnten (S. 290). Mackintosh hält die Arbeitsweise der parlamentarischen Demokratie für eine ausreichende Sicherung gegen die Gefahr, daß unverantwortliche Führer an die Macht gelangen können; angesichts der Tatsache, daß in der Bundesrepublik Männer wie *Strauß* und andere auch heute noch wichtige

Machtpositionen innehaben, ist der Rezensent nicht so optimistisch.

Wenn die Sowjetregierung aber den Krieg als Mittel zur Schwächung der Vereinigten Staaten ablehnt, bleibt ihr nur die Möglichkeit, daß die Sowjetunion in der Industrieproduktion mit den Vereinigten Staaten Parität erzielt und „schließlich durch die Ausübung ihrer wirtschaftlichen Macht den Vereinigten Staaten ihren Willen aufzwingen kann“. Mackintosh folgert: „Nachdem die Sowjetregierung die militärischen Mittel und Wege zur Erreichung ihrer Ziele verworfen hat, scheint sie zu dem Schluß gelangt, zu sein, daß Großbritannien im 19. Jahrhundert und die Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert die Welt mittels der Beweglichkeit ihrer Machtmittel und ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung beherrscht haben. Die sowjetischen Führer, die sich stets als gelehrige Schüler erwiesen haben, gedenken dem Kommunismus mit den gleichen Mitteln zum Siege zu verhelfen“ (S. 302).

Der Engländer Mackintosh hat mit seinem Buch eine ausgezeichnete Analyse der sowjetischen Außenpolitik vorgelegt. Vielleicht hätte er aber ihre wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Determinanten stärker hervorheben sollen; so kommt es, daß der Unterschied der sowjetischen Großmachtspolitik zur überlieferten imperialistischen Politik nicht klar wird.

## II

Stärker als bei Mackintosh tritt die ideologische Komponente in Löwenthals Analyse in Erscheinung. Löwenthal will den Prozeß des Zerfalls der dogmatischen Einheit der kommunistischen Weltbewegung nachzeichnen. Aus diesem Grunde untersucht er mit besonderer Sorgfalt die „Krise des Satellitenreiches“, d. h. die Vorgänge in Polen, Ungarn und Jugoslawien in den Jahren zwischen 1956 und 1958 und den Konflikt mit China. Löwenthals Buch ist lebendig geschrieben. Der Leser wird gründlich über die Folgen des Zerfallsprozesses informiert, doch kann der Rezensent nicht allen Urteilen zustimmen. Zwar hat Löwenthal recht, wenn er schreibt: „Die Transformation des rückständigen Agrarlandes Rußland zur heutigen Sowjetgesellschaft mit ihrer bürokratisch geplanten Industriewirtschaft und ihren noch immer rückständigen Kollektivgütern ist gewaltig, aber grundverschieden von der Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft auf der Grundlage freier Assoziationen der Produzenten und aktiver Massenkontrolle der Verwaltung, die den Gründern vorschwebte; und die Diskrepanz zwischen Lenins Idee der Weltrevolution und der wirklichen Entwicklung der sowjetischen Weltpolitik ist nicht geringer“ (S. 31). Doch würde ich eine ganze Reihe von Fragen gerade unter Berücksichtigung der von Löwen-

thal so differenziert und sauber dargestellten Tatsachen anders beantworten als er: Kommt es den sowjetischen Führern wirklich nur „auf die Eroberung der Macht an und auf sonst nichts“ (S. 38)? Wollen sie nicht auch Macht zur Gestaltung der Gesellschaft gebrauchen? Sind alle „totalitären Revolutionen“ gleich (S. 42)? Kann man überhaupt noch vom Totalitarismus so sprechen, wie das in den dreißiger und vierziger Jahren üblich wurde? Erfordert das Bündnis totalitärer Staaten die ideologische Einheit ihrer herrschenden Parteien (S. 134)? Muß der „Polyzentrismus“ zu einer Schwächung des Kommunismus führen? Ist der Weg von Stalin zu Chruschtschow tatsächlich der „Weg des Zerfalls“ (S. 213)?

Immerhin gibt Löwenthal selbst zu bedenken, daß das langfristige Wiedererwachen unabhängigen politischen Denkens auch ganz andere Wirkungen haben kann, „besonders wenn es sich innerhalb einer modernen demokratischen Gesellschaft abspielt“ (S. 223). Löwenthal verweist auf die italienische KP und auf den Eifer, mit dem deren Führer nach neuen politischen Wegen suchen. Ist es nur eine Assoziation (Italien-Renaissance), die den Rezensenten daran denken läßt, daß eine Dekonzentrierung der Macht innerhalb des Weltkommunismus zu einer Wiederbelebung der stagnierenden westeuropäischen Arbeiterbewegung führen kann?

## III

Offenbar hat Willy Brandt seine außenpolitische Konzeption auf der Grundlage von Untersuchungen erarbeitet wie denen von Mackintosh und Löwenthal. Auf die Errichtung der Mauer in Berlin möchte er mit einer „Offensive im Zeichen der Menschlichkeit“ antworten, die dazu dienen soll: 1. Die Regierung der Sowjetunion und ihre Gefolgsleute zu einer weltweiten, konkreten Koexistenzdebatte an Hand des Berliner Anschauungsunterrichts zu zwingen. 2. Gleichzeitig beharrlich und illusionsfrei um jede nur mögliche Erleichterung zu ringen und damit mindestens den besonders unmenschlichen Auswirkungen der Schandmauer entgegenzuwirken (S. 16). Seiner Auffassung nach war die Formel der „friedlichen Koexistenz“ für die Sowjets bis 1955/56 „kaum mehr als eines unter anderen taktischen Mitteln“. Heute dagegen spiele sie eine gewichtigere, zentrale Rolle. „Sie ist in den Bereich der großen Strategie der sowjetischen Außenpolitik, aufgestiegen, und sie ist ebenso ein Bestandteil der doktrinären Marschverpflegung jedes guten Kommunisten geworden“ (S. 20).

Reale Interessen seien überdies auch in der Sowjetunion stärker als theoretische Prinzipien. Chruschtschows Koexistenzpolitik verfolge hauptsächlich drei Absichten: „Er will 1. einen Atomkrieg vermeiden, 2. das westliche Bündnissystem aufweichen, 3. die block-



freien Länder auf seine Seite ziehen“ (S. 24). Im ersten Punkt decken sich nach Brandts Auffassung die Interessen Chruschtschows mit denen des Westens. Hier müsse unsere Koexistenzpolitik ansetzen. Darüber hinaus schlägt er folgende Punkte für die Tagesordnung der Politik des Westens vor: 1. Die Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis an die Grenze der Möglichkeiten, das heißt: unter Einschluß aller, die beitreten und die damit verbundenen Pflichten übernehmen wollen. 2. Aufbau einer engen Partnerschaft zwischen Europa und Amerika als logischen nächsten Schritt. 3. Ein Programm, das eine planmäßige Kooperation zwischen einer möglichst großen Zahl nichtkommunistischer Staaten garantiert. 4. Einen sorgfältigen Versuch, Bereiche ökonomischer Kooperationen zu erproben, die über den Eisernen Vorhang hinausreichen“ (S. 50).

Das Buch sollte von allen gelesen werden, die sich um unsere politische Zukunft sorgen, nicht nur, weil es vom Kanzlerkandidaten der SPD geschrieben wurde, einem Mann, der großen Einfluß auf die Gestaltung unserer Außenpolitik hat und haben wird, sondern weil es eine ganze Reihe Bemerkungen enthält, die, wenn man ihnen auch nicht immer beipflichten mag, zum Denken anregen. Auf jeden Fall darf man Willy Brandt zustimmen, wenn er sagt: „Wir sind nicht schon dann sicher zu überleben, wenn es uns nur gelingt, eine atomare Katastrophe zu vermeiden. Die Welt wird erst dann sicher sein, wenn Milliarden Menschen in den nächsten dreißig oder vierzig Jahren zu den Errungenschaften des Fortschritts der modernen Industriegesellschaft finden können“ (S. 78).

*Dr. Wilfried Gottschalch*

#### DIE ARBEITENDE FRAU IN EINER SICH WANDELNDEN WELT

Internationales Arbeitsamt, Genf 1963. 147 S., kart. 6 DM.

Die Frauenarbeit gewinnt in Ländern aller Entwicklungsstufen ständig an Bedeutung, und zu den alten Problemen, die sie bringt, treten neue hinzu. Die Technik, die sich immer schneller weiterentwickelt, und damit zusammenhängende wirtschaftliche und soziale Veränderungen, auch im Familienleben, zwingen zu einer neuen Betrachtung und Überprüfung der in Verbindung mit der Frauenarbeit bisher getroffenen Maßnahmen und Übereinkommen. So hat man sich heute in der Praxis weitgehend zu der Erkenntnis durchgerungen, daß viele, wenn nicht die meisten Arbeiten, die für Frauen als gefährlich oder gesundheitsschädlich gelten, es für Männer im gleichen Maße sind; deswegen müßte die Arbeit selbst bzw. die Bedingungen, unter denen sie geleistet wird, anders, d. h. besser gestal-

tet werden, womit sowohl den männlichen als auch den weiblichen Arbeitnehmern geholfen wäre“.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloß daher im November 1962, das Thema „Die arbeitende Frau in einer sich wandelnden Welt“ auf die Tagesordnung der 48. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1964 zu setzen, um dann aufgrund der Ergebnisse dieser Konferenz entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. Die vorliegende Schrift soll den Beteiligten als Arbeitsgrundlage dienen. Sie ist jedoch für alle, die sich mit Problemen der Frauenarbeit beschäftigen, eine sehr interessante Lektüre, denn sie bringt im 1. Teil in einem Überblick über die gegenwärtige Lage der arbeitenden Frauen und die Entwicklungstendenzen sehr viele konkrete Angaben: die Beschäftigungslage, die berufliche Vorbereitung der Mädchen und Frauen, die Arbeitsbedingungen und Schutzgesetze, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Bemühungen der IAO auf diesen Gebieten. Der 2. Teil beschäftigt sich mit der arbeitenden Frau, die Familienpflichten hat, mit dem Problem der Kinderbetreuung, der Teilzeitbeschäftigung und mit den älteren Frauen, die nach einer Pause wieder in den Arbeitsprozeß eintreten. Der 3. Teil bringt einen Überblick über die Situation und Probleme arbeitender Frauen in Entwicklungsländern, der 4. Teil führt Maßnahmen an, die in einzelnen Ländern bezüglich der Frauenarbeit getroffen wurden. Eine Reihe von Tabellen, Zahlen und Schaubildern verdeutlichen die Darlegungen im Text.

Die Schrift zeigt, wie sehr sich gerade in unserer Zeit viele Dinge ändern und neu gesehen werden müssen, wie nötig es ist, daß wir uns in viel größerem Maße und viel schneller als bisher unserer neuen Umwelt auf allen Gebieten des Lebens, bis in die Familie hinein, anpassen, daß schon fast klassisch gewordene Forderungen heute durchaus nicht mehr unbedingt richtig sind, daß wir beweglicher in unserem Denken und in der Betrachtung unserer Umwelt werden müssen.

*Erika Donner*

#### PAUL FRISCHAUER DER MENSCH MACHT SEINE WELT

Recht, Religion, Kultur. Mosaik Verlag, Hamburg 1962. 520 S., Ln. 19,80 DM.

Eine kurzgefaßte Weltgeschichte, die das Hauptgewicht auf die Darstellung der geistig-ethischen Entwicklung der Menschheit legt, wogegen der Untertitel „Die großen weltgeschichtlichen Zusammenhänge“ etwas zu anspruchsvoll erscheint. Denn der Verfasser ist bestrebt, vor dem Leser eine Fülle lebendi-

## BUCHBESPRECHUNGEN

gen dokumentarischen Materials auszubreiten und dieses weitgehend für sich selbst sprechen zu lassen. Es ist ihm auf dem zur Verfügung stehenden Raum aber kaum gelungen, alle wesentlichen Epochen in ausgeglichener Weise zu Worte kommen zu lassen. Für seine optimistische Grundhaltung und seine humanistische Sicht ist indessen sicherlich kennzeichnend, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte den vorläufigen Höhepunkt der bisherigen Menschengeschichte und damit auch eine Art Schlußfolgerung des ganzen Werkes darstellt.

Wenn für allzu viele Historiker die bisherige Geschichte der Menschheit nichts anderes als eine ununterbrochene Kette von Schlächtereien darstellt, vermittelt Frischauer einen Überblick über die paar tausend Jahre der eigentlichen Menschwerdung, ohne jedoch diesen mühseligen Prozeß zu idealisieren.

*Bruno Kuster*

### LEON BLOY

#### DEM TEUFEL AUFS MAUL GESCHAUT

Entlarvte Gemeinplätze. Mit einem Nachwort von Karl Pfeleger. Herder-Bücherei Band 132. Verlag Herder, Freiburg 1962. 123 S., kart. 2,40 DM.

Sternbergers „Wörterbuch des Unmenschen“ ist diesem Buch gegenüber ein schwaches Traktat, obwohl es 1947 und dieses zwischen 1903 und 1913 geschrieben wurde.

Der „Generalstaatsanwalt Gottes“, wie Leon Bloy (1846—1917), dieser fanatische Ankläger der französischen Gesellschaft, genannt wurde, nimmt hier die Gemeinplätze des Spießers aufs Korn und legt ihren inhumanen, asozialen und korrupten Charakter bloß. Der Volksmund, der in Sprüchen wie: Armut ist keine Schande; Geschäft ist Geschäft; Man muß mit den Wölfen heulen; Geld macht nicht glücklich, aber ... ; Reden ist Silber, Schweigen ist Gold; Leben und leben lassen; Der Appetit kommt beim Essen usw. usf. seine mittelmäßigen Orgien feiert, wird in seiner ganzen Dummheit von Bloy gegeißelt. „Geht es denn um etwas anderes, als den Schwachköpfen das Reden zu verleiden, den schauerlichen, unbelehrbaren Idioten dieses Jahrhunderts“, sagt er in der Einleitung des Buches. „Erreichen, daß der Bürger verstummt, Welch ein Traum! ... Paradiesesstille senkte sich herab auf den aufatmenden Erdkreis!“

Aber das ist nur ein Traum, und so streitet Bloy weiter gegen die Dummheit, die Anmaßung, den Geist des Teufels in der Sprache des Bürgers, des bourgeois, dieser Mißgeburt der Revolution, die um des citoyen willen begonnen wurde. So deutet er den bourgeoisen Sinn des Wortes von „Die Zeit totschiagen“:

„In der Rhetorik des Bürgers heißt die Zeit totschiagen, wie ich kaum zu sagen brauche, einfach sich amüsieren. Mopst sich der Bürger, lebt die Zeit oder steht wieder auf. Ob man es begreift oder nicht: es ist so. Sobald sich der Bürger amüsiert, ist man in der Ewigkeit. Die Unterhaltungen des Bürgers gleichen dem Tod.“ Und dabei hat Bloy von unseren heutigen Freizeitproblemen bestimmt noch nichts geahnt.

Im Nachwort von *Karl Pfeleger* wird ein kenntnisreicher Überblick über das Schaffen des großen katholischen Schriftstellers gegeben. Die Übersetzung und Auswahl besorgte *Hubert Greifeneder*.  
A. Z.

### HELMUT NIETZER

#### DIE KOSTENSTRUKTUR BETRIEBLICHER SOZIALLEISTUNGEN

Als Manuskript herausgegeben von der Forschungsstelle für Betriebswirtschaft und Sozialpraxis e. V., München 22, Ludwigstraße 18. München 1963, 216 S., brosch. 19,80 DM.

Die sozialpolitisch nach wie vor umstrittene Frage der betrieblichen Sozialleistungen wird in der vorliegenden Untersuchung von einem bisher reichlich vernachlässigten Aspekt angefaßt: von der streng betriebswirtschaftlichen Analyse des Kostencharakters jener Aufwendungen, die sich in die vielfältige „Skala betrieblicher Sozialmaßnahmen“ einreihen lassen. Dabei kann dem Verfasser vorweg bescheinigt werden, daß es ihm gelungen ist, bei dieser recht komplizierten (und mit Vorurteilen belasteten) Arbeit die im Vorwort erhobene Forderung — sich „jeglicher wertenden Betrachtungen“ zu enthalten — weitgehend zu erfüllen, was in dieser Materie durchaus nicht selbstverständlich ist.

Nach einer ausführlichen Definition des Begriffs der Kosten und einer Aufstellung verbindlicher Kostenkriterien einerseits und der Definition und Abgrenzung der „Erscheinungsformen betrieblicher Sozialleistungen“ andererseits kommt Dr. Nietzer zu der grundlegenden Unterscheidung von a) Sozialkosten und b) leistungsneutralen Sozialmaßnahmen, denen wegen der mangelnden Leistungsbezogenheit der Kostencharakter abgesprochen wird. Nietzer stellt aber deutlich heraus, daß in der Praxis nicht nur die „Sozialkosten“ aufwandsmäßig erfaßt und bilanziert werden, sondern daß auch „leistungsneutrale Sozialmaßnahmen“ als Aufwand in Erscheinung treten können, obgleich sie strenggenommen stets als Gewinnanteil zu betrachten sind.

Besonders zu beachten ist das Kapitel über die „Verrechnung betrieblicher Sozialleistungen“, und dort vor allem der Abschnitt über die Möglichkeiten der Überwälzbarkeit in den Produktpreisen (S. 136 ff.). Der Verfasser

stellt die Abhängigkeit der Überwälzungsmöglichkeiten von den verschiedenen Marktformen klar heraus und geht auch auf die Abhängigkeit von der jeweiligen Konjunkturlage ein. Dabei ergibt sich für die westdeutsche Wirtschaft die Feststellung, daß „die Hochkonjunktur der Nachkriegszeit eine Kalkulation der Sozialkosten fast immer erlaubte“. (Das bedeutet, anders ausgedrückt, daß die von der Industrie so gern betonten „freiwilligen sozialen Leistungen“ im Endeffekt von den Verbrauchern getragen wurden!)

Für die Klassifizierung betrieblicher Sozialleistungen in der Praxis bedeutet das abschließend erarbeitete Schema ein erfreuliches Hilfsmittel. Dort werden folgende Gruppen unterschieden: 1. „Sozialleistungen mit unbedingter Kosteneigenschaft“, 2. „Sozialleistun-

gen mit bedingtem Kostencharakter“, 3. „Regelmäßig keine Sozialkosten“.

Zu jeder Gruppe führt Nietzer einen umfangreichen Katalog auf, wobei die Eingruppierung aller gesellschaftlichen und sportlichen Einrichtungen, aber auch der „Maßnahmen zur Förderung des Gemeinschaftsgedankens“ und der Werksfürsorge in die Gruppe 3 besondere Beachtung verdient.

Der Untersuchung ist ein umfangreiches Literaturverzeichnis beigelegt, das in Zusammenhang mit den zahlreichen Literaturhinweisen im Text die Information über Einzelprobleme erleichtert. Alles in allem eine erfreuliche Arbeit, die geeignet ist, die Diskussion um die betrieblichen Sozialaufwendungen im guten Sinne zu versachlichen.

*Dr. Herbert Ehrenberg*